

Mag.a Beatrix Gruber-Mitterbuchner

Grillparzerstrasse 6,  
4910 Ried

Ried, am 26.11.2019

An den  
Präsidenten des Oberösterreichischen Landtages  
KommR. Viktor Sigl

Landhausplatz 1,  
4021 Linz

Sehr geehrter Herr Präsident KommR Viktor Sigl.

**In meinem Namen und im Namen der Unterstützer begehren wir, mittels dieser Petition, die Durchführung einer Umweltprüfung zum bereits begonnenen flächendeckenden Ausbau des 5G Mobilfunknetzes in Oberösterreich, unter Zugrundelegung des Oö. Umweltschutzgesetz 1996, LGBl.Nr. 84/1996, durchzuführen:**

## ***Petition***

Gemäß Artikel 64 Oö. Landes-Verfassungsgesetz, LGBl. Nr. 122/1991 idgF.

### **Titel und Inhalt der Petition:**

Ausbaustopp des vom BMVIT geplanten flächendeckenden 5G Mobilfunknetzes im Bundesland Oberösterreich, bis durch eine Umweltprüfung im Sinne des § 38d (2) Lit. 5. Oö. Umweltschutzgesetz 1996, LGBl. Nr. 84/1996 die Beurteilung des Gesundheitsrisikos für die Bevölkerung und die Beurteilung der Sinnhaftigkeit der flächendeckenden Anwendung dieser Technologie für alle Lebensbereiche abgeschlossen ist, damit beurteilt werden kann, ob die Planung des BMVIT, betreffend den flächendeckenden Einsatz der Mobilfunktechnik 5G, mit den Raumordnungszielen und -grundsätzen des §2 Oö. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 114/1993, vereinbar ist.

### **Begründung:**

Aus der Abhandlung des BMVIT zur „Breitbandstrategie 2030“ ist zu entnehmen, dass die im Jahr 2012 beschlossene Breitbandstrategie 2020 die Zielsetzung hatte, eine nahezu flächendeckende Verfügbarkeit, mit ultraschnellen Breitbandzugängen bis 2020 durch den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes, zu erreichen. Bis zur Erstellung dieser Abhandlung (1/2019) war Österreich mit dem Ausbau seines Glasfasernetzes, gegenüber vielen anderen Ländern, im Rückstand und erst mit 8,3% versorgt.

Dadurch, dass die Entwicklung und mögliche Umsetzung der 5G Funktechnik konkreter wurde, sieht nun die neue Ausbaustrategie des BMVIT es nicht mehr für notwendig an, das Glasfasernetz voll auszubauen. Der Vollausbau des Breitbandes in den Randbereichen (diese gibt es überall) soll künftig in Kombination mit der Funktechnik 5G erfolgen, dadurch wird es notwendig sein 5G auch flächendeckend anzuwenden, um die Ziele des flächendeckenden Breitbandausbaues zu erreichen.

In der Abhandlung des BMVIT zur „Breitbandstrategie 2030“ wird dazu ausgeführt:

*„Aufgrund der zunehmenden Konvergenz von Festnetz und Mobilfunk liegt aus heutiger Sicht eine flächendeckende Gigabitfähige Versorgung auch dann vor, **wenn nicht jede abgelegene Immobilie direkt mit Glasfaser angebunden wird.**“*

Mit der hier vorliegenden Breitbandstrategie 2030 werden die Rahmenbedingungen **für den österreichischen Weg** in die Gigabit-Gesellschaft formuliert, auf deren Grundlage die zur Zielerreichung notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen ermöglicht und koordiniert werden sollen. Die Breitbandstrategie 2030 baut dabei auf der Breitbandstrategie 2020 auf.“

Einfacher ausgedrückt bedeutet die neue Strategie, dass das **strahlungsfreie** Glasfasernetz nur mehr soweit ausgebaut werden soll, als dieses auch für die Versorgung der **strahlungsintensiven** Sendeanlagen des 5G Funknetzes benötigt wird.

Dass diese vom BMVIT als „**Österreichischer Weg**“ vorgeschlagene „Breitbandstrategie 2030“ ohne ein auf gesetzlicher Basis durchgeführtes Verfahren (Umweltverträglichkeitsprüfung etc.) eingeführt werden soll, geht aus der parlamentarischen Beantwortung Nr. 4119/AB vom 06.11.2019 (**Beilage 1**) hervor. Der WBF ist keine gesetzlich legitimierte Institution um die schädlichen Auswirkungen der flächendeckenden Erhöhung der Strahlenbelastung für die Gesamtbevölkerung, sowie für die Fauna und Flora, zu beurteilen. Die Entscheidung darüber ob diese Technologie (5G) flächendeckend in Österreich eingeführt werden soll, darf nicht alleine dem BMVIT, unter Beurteilung des WBF, überlassen werden, da bekannt ist, dass beide nach wie vor die Gesundheitsschädlichkeit der EMF (Mobilfunkstrahlung) leugnen. Siehe dazu die Verhaltensbeschwerde von Mag. Catharina Roland (**Beilage 2**).

Nachdem die Raumordnung nur auf den Gebieten des **Eisenbahnwesens, des Bergwesens, des Forstwesens und des Wasserrechts, nach Art. 10 bis 12 B-VG i. d. F. von 1929** in der Gesetzgebung als auch in der Vollziehung in die Kompetenz des Bundes fällt (Kompetenzerkenntnis des VfGH Slg. 2674/1954 [Raumordnung], **sind die Raumordnungsgesetze der Länder auf das Fernmeldewesen anzuwenden.**

Aus den vorgenannten Gründen liegt es in der **Verantwortung** und in der **Verpflichtung** der Entscheidungsträger der Oö Landesregierung im Sinne des Artikel 9 Oö. Landesverfassungsgesetz, LGBl. Nr. 122/1991, die neue „Breitbandstrategie 2030“ des BMVIT auf ihre Vereinbarkeit mit den Raumordnungszielen und -grundsätzen des §2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 hin, zu überprüfen.

Wir vertreten die Ansicht, dass die flächendeckende Anwendung der 5G Funktechnik mit den Raumordnungszielen und -grundsätzen des §2 Oö. Raumordnungsgesetz 1994, LGBl. Nr. 114/1993, unvereinbar ist.

Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen im Lande Oberösterreich auf, dafür zu sorgen, dass die von der Bundesregierung bereits beschlossene „Breitbandinitiative 2030“ rückgängig gemacht wird und dass der flächendeckende Breitbandausbau auf Basis eines strahlungsfreien Glasfaserfestnetzes erfolgen soll, um die Bevölkerung nicht zusätzlich mit der gesundheitsschädlichen Mobilfunkstrahlung zu belasten.

In diesem Zusammenhang machen wir die verantwortlichen Entscheidungsträger noch darauf aufmerksam, dass bereits rd. 10% der Bevölkerung an Elektrohypersensibilität leidet und diese Bevölkerungsschicht schon durch den bisherigen Mobilfunkausbau, ohne Berücksichtigung der gesundheitlichen Belastung der Bevölkerung, leiden. Auch dieser Umstand sollte bei der Umweltprüfung berücksichtigt werden, wozu wir auf den Punkt 28 (letzte Seite) der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 hinweisen (**Beilage 3**).

Mit freundlichen Grüßen

Mag.a Beatrix Gruber-Mitterbuchner

Beilagen: Parlamentarische Beantwortung des BMVIT vom 06.11.2019  
Verhaltensbeschwerde Mag. Roland  
Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009  
Listen mit Unterstützungsunterschriften